

Depeschen und Telegramme, die er erhalten habe, ohne Zustimmung der fremden Mächte veröffentlichen noch Einzelheiten der Verhandlungen enthüllen. Poincaré fügte hinzu, in der marokkanischen Frage fühle die Regierung sich solidarisch mit den früheren Kabinetten; das Protektorat über Marokko sei das rechtmäßige Ergebnis ihrer Bemühungen. Das Abkommen von 1909 sei gegenüber der Algeirasakte ein unbefreitbarer Fortschritt. Aber es sei kaum möglich gewesen, wie es das Abkommen von 1909 wollte, die deutsche und französische Regierung in den Angelegenheiten ihrer Industriellen zu einigen. Diese Rolle eines Rotars mußte an den unvermeidlichen parlamentarischen Oppositionen scheitern. Der Vertrag vom 4. November 1911 erlaube, solche Unzulänglichkeiten zu vermeiden. Die beiden Regierungen werden nicht mehr zu einer direkten aktiven Intervention gezwungen sein. Ohne sich mit Konfessionen abzugeben, werden sie lediglich achtbaren geschäftlichen Verbindungen wohlwollend gegenüberstehen. Poincaré fuhr fort: „Wir treffen die Bestimmungen, um unsere Stellung in Marokko zu befestigen und sie aufsenweise weiter zu entwickeln. Der Vertrag wird begleitet werden müssen von der Organisation der Verwaltung und des Budgets des Landes, wobei man den lokalen Sitten und Ueberlieferungen Rechnung tragen wird. Dieses Werk ist unabhängig von unsern Unterhandlungen mit dem Sultan. Wir dürften es selbst dann durchführen können, wenn die Unterhandlungen mit Spanien sich noch weiter in die Länge ziehen sollten. Die Regierung hegt bei diesen Unterhandlungen mit der edlen spanischen Nation den lebhaftesten Wunsch nach einem Ausgleich, aber sie kann nicht außer acht lassen, daß das Abkommen vom 4. November Spanien beträchtliche Vorteile gewährt und daß Frankreich ein Recht hat auf billige Entschädigung. Der Vertrag berührt in keiner Weise das Gleichgewicht unseres Bündnisses und unserer Freundschaften. Unserer auswärtige Politik bleibt sich selbst treu, die unserer Freunde und Verbündeten erfährt nicht die geringste Veränderung. England hatte kürzlich Besprechungen mit Deutschland, wie sie Rußland und Frankreich vor einigen Monaten hatten. England halte diese Besprechungen, um die guten Beziehungen zwischen beiden Ländern zu wahren. Wir haben die Versicherung, daß, wenn England mit allen Mächten herzliche Beziehungen zu unterhalten wünscht, es damit nichts zu tun beabsichtigt, was geeignet wäre, die herzlichen Beziehungen gegenseitigen Verständnisses und Vertrauens, die zwischen Frankreich und England bestehen, abzuschwächen oder zu lodern. (Beifall.) Die Politik Frankreichs läßt sich von keinem Gefühl der Feindseligkeit leiten, noch auch von irgendeinem aggressiven Gedanken gegen irgend jemand. Die Regierung hält fest an einer auswärtigen Politik, die nichts verabsäumt, um die Interessen und das Ansehen Frankreichs zu wahren.“ (Lebhafter Beifall, außer auf der äußersten Linken.)

15. März. (Kammer.) Mit 524 gegen 2 Stimmen wird eine Bestimmung zum Wahlgesetz angenommen, durch welche kuberteilte Stimmzettel und besondere Wahlkabinen eingeführt werden.

Mitte März. Kritik der „France Militaire“ über die Zustände in der Armee.

Ihr Inhalt wird in der „Frankfurter Zeitung“ kurz zusammengefaßt: Die Infanterie ist sehr schlecht. Zu viele Gruppenführer gäben sich nicht die Mühe, das Feuer zu leiten: die Truppen schießen, ohne zu zielen, fast ohne anzulegen. Das sei eine furchtbare Gefahr, die auch viele englische Freunde trappiert habe. Dann habe man noch immer nicht ein